

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher B 1547
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. ::
Anzeigen der Zahlstellen 10 Pfg.

No. 9

Cöln, den 26. April 1913.

I. Jahrgang.

Kollegen! Werbt eifrig neue Mitglieder für den Verband!

Der Verbandsbeitrag.

Dem Begriffe „Organisation“ liegt der Gedanke zugrunde, daß das einzelne Mitglied nicht auf sich selbst gestellt und von dem andern unabhängig ist, sondern daß ein Glied dem andern hilft, daß alle Kraft und Leben teilen. Wie die Mitglieder eines Verbandes zusammengehören, zeigt sich in dem Zusammenfließen der Einzelbeiträge in eine gemeinsame Kasse, von wo aus die Vorteile der Einzahlungen in Form von Unterstützungen der jeweils schwächeren Teile des Organismus, bei Bewegungen und Kämpfen zwecks Aufbesserung der Lebensverhältnisse gleich frischem Lebenssaft von einem Gliede zum andern strömen und dadurch alle stark und lebensfähig machen.

Darum ist die regelmäßige Entrichtung des Mitgliedsbeitrages ein geeignetes Mittel zur Pflege des sozialen Gemeinnsinns, ohne den eine wirtschaftliche Standesvereinigung nicht bestehen kann. Es zeugt von einem bedauerlichen Mangel von Einsicht und kollegialer Gesinnung, wenn man nachlässig wird im Bezahlen der kleinen Summen, weil man sich fälschlicher Weise einredet: ich habe vielleicht doch in nächster Zeit keinen greifbaren Erfolg von der Verbandsarbeit. Sage doch einmal ehrlich, Kollege, bist du wirklich so kurzfristig, daß du selber an deinen egoistischen Einwand glaubst? Wie bald kannst auch du in die Lage kommen, wo du deinen Verband nötig hast.

Bist du sicher, daß dir, Kollege Straßenbahner, nicht ein Unfall im Betriebe zustößt, wodurch du auf die Anklagebank gebracht wirst? Oder daß du aus kleinlichen Gründen, trotz jahrelanger Beschäftigung, entlassen wirst. Weißt du, Kollege in den städtischen Werken, ob dir nicht bei der gefährlichen Arbeit ein Unfall zustößt und den Rechtsschutz des Verbandes bei der Verteidigung deiner wohlverdienten Rechte dringend bedarfst. Und wenn du einmal weiter blicken willst: Galt nicht auch du ein direktes Interesse daran, durch Mitarbeit im Verbands die Arbeitsverhältnisse zu bessern und einer Entwicklung der Löhne nach oben die Wege zu ebnen? Liegt es nicht auch in deinem Interesse, wenn der Verband auch in anderen Städten und Betrieben für bessere Verhältnisse eintritt, und so die Vorbedingungen für die Verbesserung deiner eigenen Lage schafft. Also gerade der Verbandsbeitrag ist letzten Endes gar kein so schweres

Opfer — sondern die notwendigste und lohnendste Kapitalanlage für den Arbeiter und Angestellten.

Wer kein kurzfristiger und kleinlicher Egoist ist, sondern sich als Glied seines Standes fühlt, den drängen Standesbewußtsein und Gemeinnsinn zur ganzen und freudigen Pflichterfüllung in seiner Organisation.

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für 1912.

Im Berichtsjahre haben politische und geistige Strömungen sehr stark auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückgewirkt. Um diese Tatsache zu vergegenwärtigen, genügt der Hinweis auf die in 1912 getätigte Reichstagswahl und die durch sie hervorgerufenen Auseinandersetzungen sowie auf den Gewerkschaftsstreit unter den deutschen Katholiken. Die Reichstagswahl stand unter dem Zeichen erbittertsten Ringens zwischen den bürgerlichen Parteien mit dem praktischen Ergebnis, daß der Sozialdemokratie die Gassen in die Rüche gejagt wurden. Sodann wurde der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager, auf den später zurückgegriffen werden soll, im verfloffenen Jahre auf die Spitze getrieben. Diese Vorgänge verursachten den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften ziemlich Arbeit, wie sie vorübergehend auch die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften lähmend beeinflussten.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung standen Bergarbeiterfragen im Vordergrund. Mit dem Vorgeplänkel zu einer Bergarbeiterbewegung — im Ruhrrevier — hebt das Berichtsjahr an und mit einer Einleitung einer Bergarbeiterbewegung — im Saarrevier schließt es ab. Bergarbeiterbewegungen begegnen in Deutschland stets größerem Interesse, weil das Gros der deutschen Bergarbeiter in nur wenigen Bergbaugebieten beschäftigt ist und daher Bergarbeiterbewegungen meist einen größeren Umfang annehmen. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung befinden sich sodann die Bergarbeiter in vorgehobener Stellung, weil der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter die älteste und stärkste Organisation im christlichen Gewerkschaftslager darstellt. Es ist deswegen verständlich, daß die Weigerung der christlichen Bergarbeiter, an dem Kampf im Ruhrgebiet vom Frühjahr

teilzunehmen, mit einem Schläge das in Deutschland ohnehin so kompliziert liegende Gewerkschaftsproblem nach allen Seiten aufstollte. Nun sitzt zudem der Kern der Gewerksvereinstruppen im Ruhrgebiet, wo sich die Massen „aus aller Herren Länder“ drängen und schieben, vielfach wurzellos und voll instinktiver Abneigung gegen Verhältnisse, die den ihrerseits gewohnten oft nur wenig entsprechen, sodaß es nicht schwer hält, den Feuerbrand hineinzuworfen. Dazu ein Unternehmertum, das sich gegen jeden sozialen Luftzug trotzig und unbeugsam verschanzte. Weil nun die Gewerkschaftsbewegung ebensowenig wie irgend eine andere Körperschaft das Leben nach vorgefaßten Theorien meistern kann, sondern ihre Grundsätze aus dem tatsächlichen Stande der Dinge heraus entwickeln muß, darum hat die Gewerksvereinsleitung hier mehrfach in die Leitung von spontan ausbrechenden Bewegungen eingewilligt, denen an anderer Stelle einfach die strengen Bestimmungen des Statuts entgegengesetzt worden waren. Aber auch im Ruhrgebiet muß auf die Dauer der Gewerkschaftskampf in gewerkschaftlichen Formen geführt werden; denn Gewerkschaft heißt schließlich Organisation, d. i. Disziplinierung, Erziehung der Massen zur geordneten Wahrnehmung ihrer Interessen. Und diejenige Gewerkschaft würde moralischen Selbstmord begehen, die sich dauernd auf dem Vulkan ungezügelter Masseninstinkte bewegen würde. Nur auf der beschriebenen Grundlage ist auf die Dauer eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vertretern der Großindustrie möglich. Mit ethischen Hinweisen ist den typischen Vorkämpfern des Großindustrialismus nicht beizukommen. Mit Gründen der Logik ebensowenig; denn wenn letzteres der Fall wäre, wie wäre es dann zu erklären, daß neben den Vertretern agrarischer Interessen, gerade die Vertreter der Großindustrie zu den lautesten Rufnern nach Maßnahmen zur Beschneidung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gehören — Vertreter solcher Kreise also, die ihrerseits sogar den Koalitionszwang in Kartellen usw. bis zur Skrupellosigkeit ausnutzen? Diese Sinnwidrigkeit muß den einseitig auf sich bedachten Kreisen mit aller Entschiedenheit zum Bewußtsein gebracht werden. Dazu gibt es aber vorderhand nur einen einzigen Weg: eine starke, aber auch wirklich disziplinierte Gewerkschaftsbewegung, die das Unternehmertum zur rechten Zeit an der verwundbaren Stelle angreift und so allmählich auch die Allgemeinheit veranlaßt, den Mächtigen in der Montanindustrie klarzumachen, daß sie auf die Dauer nicht gewillt ist, in unsere Zeit sozialen Denkens und Fühlens Auswüchse eines durchaus willkürlich und einseitig interpretierten Feudalismus hineinzuwuchern zu lassen. Daß die betr. Unternehmerkategorie sich über diese Zusammenhänge durchaus klar ist, beweisen ihre gelegentlichen gehässigen Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften, die im Berichtsjahre den Beweis geliefert haben, daß auch im Bergbau disziplinierte Gewerkschaftsbewegungen geführt werden können.

Neben großindustriellen Kreisen sind es hauptsächlich agrarische Interessen, die nicht nur den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten wollen, sondern sich auch eifrig um die Einengung des Koalitionsrechtes der Industriearbeiter bemühen; bis jetzt allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse. Dennoch müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den diesbezüglichen Bestrebungen unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Als bekannt wurde, daß die christlichen Gewerkschaften sich der ländlichen Arbeiter in zweckentsprechenden Einrichtungen annehmen wollten, wußte man von agrarischer Seite nichts anderes zu tun, als ihnen ein scharfes „Gänse weg!“ zuzurufen. Zur Untersuchung der Gründe dieses Vorgehens ist unseres Wissens auch nicht ein Ansatz gemacht worden. Daß sich die christlichen Gewerkschaften ihr Vorgehen, das sie doch immer-

hin verschiedenes kostet, vorher recht reiflich überlegt haben — der Gedanke scheint gar nicht erwogen zu sein — und daß Kollege Behrens bei all seiner sonstigen Inanspruchnahme noch einmal wieder die Lasten und Schwierigkeiten einer erst noch einzuführenden Organisation übernimmt, scheint als der allertäglichsste der Zufälle hingenommen zu werden. Alles gleitet ab von der Starrheit der einmal bestehenden Vorurteile, die zwar sehr alt, aber keineswegs ehrwürdig sind. Wir würden eine Vernachlässigung unserer dringendsten Pflichten darin erblicken, wenn wir uns an sie stören wollten.

Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager wurde im Berichtsjahre bekanntlich auf die Spitze getrieben und zu einem bestimmten Abschluß gebracht. Ein Rückblick auf die letzte Periode dieses zehnjährigen Kampfes kann nicht anders als in der Frage gipfeln: Was haben denn nun die katholischen Fachabteilungen erzielt? Regt man den Maßstab an ihre eigenen zifermäßigen Erfolge an, dann ist das Ergebnis ein geradezu klägliches und bemitleidenswertes. Die ganzen, mit dem Aufgebote mächtigster Freunde und Gönner durchgeführten zwölfjährigen Anstrengungen haben eine Sandvöll von Arbeitern um ihre gewerkschaftliche Fahne gesammelt, ein Grüppchen, dessen Pulsschlag mehr auf Sterben wie auf Leben deutet und das sich daher gleicherweise bei Arbeitern wie Arbeitgebern vergebens um einigen Kredit bemüht. Aber das ist schließlich nicht einmal das Wichtigste, weil diese „Erfolge“ ja allzu deutlich die verlorene Position erkennen lassen und die Fachabteilungsbewegung von vorne herein als eine vorübergehende Erscheinung kennzeichnen. Wichtiger ist, was von diesen Kämpfen auf dem Schlachtfeld bleibt, nicht allein auf dem direkt organisatorischen Gebiete, sondern in ideeller Hinsicht. „Berliner“ Führern konnte natürlich die mangelnde Zugkraft ihres Programms nicht verborgen bleiben. Sie suchten daher nach anderen Mitteln zur Kräftigung ihrer Bestrebungen unter den deutschen Katholiken und bemühten sich in diesem Sinne um die Gewinnung der Autorität der kirchlichen Hierarchie für ihre Ideen. Wo sich ihnen nur ein Strohhalmchen bot, ergriffen sie es gierig, um es alsbald zum Zwecke unglaublicher geistiger Tyranisierung zu verwenden und so ihr Schiff flott zu bekommen. Ihre unerhörten Zumutungen trugen ihnen eine energische Abschlüßtelung verschiedener deutscher Bischöfe ein. Und so kam es dann zu ihrem letzten verwegenen Schritt: sie wandten sich über die Köpfe der deutschen Bischöfe hinweg an das Oberhaupt der katholischen Kirche, um ein Verbot der christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Dieses va banque-Spiel schlug aber fehl. Denn, wir haben es schon im Herbst des letzten Jahres geschrieben, Unmögliches kann schließlich auch der Papst, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten und in einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung, nicht möglich machen. Und so hat sich Berlin mit seinen jahrelangen und vielseitigen Aktionen praktisch lediglich nur erzielt, daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde. Das ist aber das Entgegengesetzte dessen, was die „Berliner“ zu erstreben vorgaben.

Auf der andern Seite hat die jahrelange Auseinandersetzung gewiß dazu beigetragen, die grundsätzliche Unterlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung so zu stärken, wie es bei keiner anderen ähnlichen Bewegung der Fall ist, und die christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft und in der öffentlichen Meinung schneller und wirksamer bekannt zu machen, als es unter sonstigen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Nichtsdestoweniger aber ist es ein Kampf gewesen, und als solcher mußten, wie in jedem Kampfe, Kräfte in der Abwehr verwendet werden, nach denen in der positiven, aufbauenden Arbeit eine sozusagen schrei-

ende Nachfrage bestand. Was da verloren wurde, ist unwie-
derbringlich dahin, wenigstens insofern, als es dem gemein-
samen Gegner zugefallen ist.

Jetzt aber ist der Damm gebrochen. Nunmehr können sich
die Kräfte auf der ganzen Linie wieder konzentrieren. Jetzt
muß es wieder vorwärts gehen! In dem Augenblick, wo diese
Zeilen ins Land hinaus gehen, fallen die Würfel über das
Schicksal der bedeutendsten Tarifverträge. Das gesamte Wirt-
schaftsleben wird von dem Organisationswesen in tiefgreifen-
der Weise erfaßt. Das ist die Zeit, wo auch der Fernstehende
seine Augen vor der Gewerkschaft nicht mehr verschließen
kann. Nach der Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage sind
eine Fülle von Kräften wieder frei geworden. Sie müssen
sich mit den in der Werbung bereits befindlichen vereinigen,
damit alle Chancen ausgenutzt werden. Jetzt darf es keinen
Stillstand mehr geben! Die Gewerkschaftsbewegung bemüht
sich um einen ständigen weiteren Ausbau der zur Erleich-
terung der Agitation und zur Stärkung unserer Bestre-
bungen vorgesehenen Einrichtungen. Die Ortskartelle sind
in sichtlichem Aufblühen begriffen, seitdem sich ein eigenes
Dezernat um ihre Angelegenheiten bemüht. Es sollte den
Ortskartellen aber auch im Lande überall die gebührende
Sorgfalt zugewendet werden. Gewiß liegen auf unserer
Seite die Verhältnisse grundsätzlich verschieden, wenn man sie
in Vergleich zu denen bringt, unter denen sich die sozia-
listischen Organisationen betätigen. Bei diesen gehen Partei
und Gewerkschaften, Frauenbewegung und Jugendbewegung
usw. in jeder Weise zusammen, und die sozialdemokratische
Tagespresse sekundiert ihnen. Ein ähnlich geschlossenes und
einheitliches Wirken ist für unsere Bewegung nicht zu er-
zielen. Aber wir dürfen auch nicht in das entgegengesetzte
Extrem verfallen, um uns nur auf dem Boden der Berufs-
organisation zu betätigen. Vielmehr erwächst aus den be-
zeichneten Voraussetzungen die zwingende Notwendigkeit, uns
innerhalb des Ortsbezirks untereinander so fest wie möglich
zusammenzuschließen.

Dieses Zusammenwirken und die Erarbeitung eines
breiteren Resonanzbodens in der Öffentlichkeit werden
wesentlich erleichtert durch die aufflühende Tätigkeit des
Pressedezernats, das insbesondere durch die viel verbreitete
„Gewerkschafts-Korrespondenz“ für sachliche Information der
öffentlichen Meinung und Zurückweisung der Angriffe auf
die Bewegung sorgt. Alles läßt sich natürlich nicht von einem
Zentralpunkt aus machen: es muß auch allenthalben die
eigene Initiative nach Mitteln und Wegen zur Ausbreitung
der Bewegung suchen. Ein besonderes Augenmerk sollte da-
bei auch auf die Jugend gerichtet werden, für deren zweck-
mäßige Behandlung im Laufe der Zeit eine Reihe von An-
regungen ergangen ist. Neuerdings hilft hier „Die Jugend“,
die neue Korrespondenz zur Förderung der Jugendarbeit
in unserer Bewegung, die für die Funktionäre und die Ju-
gendkommissionsmitglieder bestimmt ist, kräftig nach. Aber
nochmals: die Hauptsache bleibt, daß die ergehenden An-
regungen in jeder Beziehung Männer finden, die sie in die Tat
umzusetzen bereit und gewillt sind.

Das aber ist die zuberstichtliche Erwartung der Leitung der
Gesamtbewegung. Möge sie in dieser Erwartung sich nicht
getäuscht sehen!

Ihre Wohnungsfrage.

Ein Entwurf betr. die Bewilligung weiterer Staats-
mittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Ar-
beitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von
gering besoldeten Staatsbeamten ist, wie bereits kurz ge-
meldet, dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Der Entwurf
ermächtigt die Regierung zur Verwendung von 15 000 000

Mk. für die gedachten Zwecke. Die Summe ist durch An-
leihe zu decken. Durch die früheren Gesetze sind bis zum
Vorjahre insgesamt 158 000 000 Mk. zur Verfügung gestellt
worden. Die früher bewilligten Beträge sind sämtlich ver-
wendet worden. In der Art der Verwendung ist eine Wen-
derung nicht eingetreten. Den Hauptteil der Mittel haben
die Herstellung staats eigener Mietwohnungen und die Be-
leihung von Grundstücken der Baugenossenschaften in An-
spruch genommen. Die hierfür festgelegten Grundsätze sind
gleichfalls unverändert geblieben. Die übrigen Maßnahmen
staatlicher Wohnungsfürsorge sind fortgesetzt worden; insbe-
sondere wird der Beleihung von Erbbaurechten und der Ge-
währung von Zusatzdarlehen auf Rentengüter kleinsten Um-
fanges dauernd die staatliche Aufmerksamkeit zugewandt.

Wenn diese Summen auch eine ganz ansehnliche Höhe
erreichen, sind sie in Wirklichkeit doch nur ein Tropfen auf
den heißen Stein, um das Wohnungselend in den Städten
zu mildern. Der Staat allein ist aber auch nicht in der Lage,
hier eine grundsätzliche Abhilfe zu schaffen. Vielmehr müssen
Staat, Gemeinden, Landesversicherungsanstalten und Bau-
genossenschaften mehr wie bisher gemeinsam an der Lösung
dieser Frage mitarbeiten.

Eine dankbare Aufgabe erwächst hier auch unseren Orts-
gruppenvorständen und Arbeiterausschüssen, indem sie die
Stadtverwaltungen veranlassen, neben der Unterstützung
gemeinnütziger Baugenossenschaften, durch ganzen oder teil-
weisen Erlaß der Straßenbaukosten und ev. Uebernahme der
Garantie usw. auch eigene Kleinwohnungen für ihre gering
besoldeten Angestellten und Arbeiter zu bauen.

Durch geeignete Bestimmungen in den Mietverträgen,
auf die die Arbeiterschaft, soweit sie organisiert ist, Einfluß
ausüben kann, lassen sich bei den städtischen Wohnungen,
die Nachteile der Werkwohnungen, wenn auch nicht ganz
beseitigen, dann doch wesentlich abschwächen.

Die Stadt Trier und ihre Arbeiter.

Anfang Januar ds. Jhs. überreichte unser Verband der
Stadtverwaltung in Trier eine Rohneingabe für die städti-
schen Arbeiter. Die daran niedergelegten Anträge bezogen
sich auf Erhöhung der Löhne, andere Regelung der Anfangs-
und Höchstlöhne, Erreichung des Höchstlohnes nach 10 Dienst-
jahren, jährliche Lohnsteigerungen, Erhöhung der Lohn-
zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und
für besonders schwere oder schmutzige Arbeiten, ferner auf
Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden, Ver-
längerung des Erholungsurlaubs und auf die Errichtung
von Arbeiterausschüssen.

Am 2. April hat nun der Stadtbaurat Schilling gele-
gentlich der Etatsberatung im Stadtverordnetenkollegium
diese Eingabe einer Besprechung unterzogen. Dabei hat er
Ansichten geäußert, die denn doch recht merkwürdig anmuten.
So meinte er, daß die Eingabe nach vielen Richtungen hin
die Lage und Verhältnisse der städtischen Arbeiter vielfach
verkennen. Damit wollte er sagen, daß dieselben so günstig
seien, daß eine Verbesserung gar nicht notwendig sei. Dabei
mußte er aber selbst zugeben, daß 49 Arbeiter mit einem
Lohn von drei Mark pro Tag nach Hause gehen. Es ist doch
ein starkes Stück, da noch von guten Verhältnissen zu reden,
denn es ist ausgeschlossen, damit in Trier eine Familie
durchzubringen, ohne Schulden zu machen oder Hunger zu
leiden.

Auch der Hinweis auf die höheren Löhne bei längeren
Dienstjahren kann uns nicht irre machen. Denn die werden,
abgesehen von den paar Obermonteuren, Obermaschinen-

und Hilfsmaschinenisten erst nach 13 Dienstjahren, ja sogar in A. C. erst nach 17 Dienstjahren erreicht. Selbst diese Höchsthöhe sind nicht höher wie die jetzt ortsüblichen Löhne in der Privatindustrie. Verdienen doch die Maurer und Zimmerer gemäß Lohn tarif 55 Pfg. die Stunde, und die Bauhilfsarbeiter 40 Pfg. Ebensovienig können die Kinderzulagen als Ausgleich für die gegenwärtigen teureren Verhältnisse angesehen werden. Denn sie betragen insgesamt 5568 Mk. pro Jahr, das macht pro Arbeiter 24 Mk. pro Jahr, also noch nicht 50 Pfg. die Woche.

Einen Haupttrumpf aber für die Ablehnung der Arbeiterforderungen spielte der Herr Baurat aus mit dem Hinweis, ihre Erfüllung würde eine Erhöhung der Einkommensteuer von 15 Prozent notwendig machen. Damit soll nun die Bürgererschaft gruselig gemacht werden, denn gegen nichts hat man schließlich größere Abneigung als gegen Steuererhöhungen. Man hat sich anscheinend nicht den Kopf darüber zerbrochen, ob nicht auch auf andere Weise die Wünsche der Arbeiter erfüllt werden können; zudem halten wir die Angabe einer 15-prozentigen Steuererhöhung für sehr übertrieben. Aber selbst wenn sie erforderlich wäre, so müßte es geschehen, um die durchaus berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft zu erfüllen. Unter solchen Umständen braucht man sich nicht zu verwundern, wenn Herr Baurat Schilling kein Freund der Arbeiterorganisation ist und seiner Abneigung durch die Worte Ausdruck gibt: „es erscheine den Interessen der städtischen Arbeiterschaft nicht förderlich, wenn derartige von auswärts kommende Eingaben für sie gemacht werden und ohne Verbindung zwischen Arbeiterschaft und städtischer Verwaltung aufgestellt werden.“ Aber auch in Trier wird man sich schon noch an das Bestehen der Organisation gewöhnen müssen.

Einige der in unserer Eingabe geäußerten Wünsche sollen aber doch erfüllt werden. Und zwar sollen einige Kategorien höhere Zulagen für besondere Arbeiten erhalten und Arbeiterausschüsse sollen eingeführt werden. Unsere Kollegen werden jetzt natürlich alles daran setzen müssen, um die Organisation auszubauen, damit sie die Stärke erhält, die erforderlich ist, um ihren Wünschen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Eine unsoziale Maßnahme der Siegener Stadtverwaltung.

In sehr vielen Gasanstalten Deutschlands ist im Laufe der letzten Jahre für die Feuerarbeiter an Stelle des Zwölfstundentages die Achtstundenschicht eingeführt. Damit kommt auch die sonst bei jedem Wechsel der Schicht übliche Doppelschicht von 24 Stunden in Wegfall. In den Jahresberichten der preussischen Gewerbeärzte wird diese Reform dringend gefordert. Sämtliche Gaswerksveranstaltungen, die die Achtstundenschicht eingeführt haben, berichten nur über gute Erfahrungen damit. Die Produktionskosten seien nur gering gestiegen, wohingegen die Erkrankungs ziffern der Arbeiter bedeutend gesunken, die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreude wesentlich gestiegen wären. Dies gilt nicht nur für die großen Gaswerke mit ihren vollkommenen technischen Einrichtungen; gerade in den kleinen Betrieben, wo die Arbeit eine bedeutend anstrengendere ist, sollte diese Reform durchgeführt werden.

Im Siegener Gaswerk geht die Entwicklung den umgekehrten Weg. Anstatt eine Verkürzung der Arbeitszeit hat man in letzter Zeit für die Außenarbeiter und die Kanalarbeiter die elfstündige Arbeitszeit eingeführt, obgleich der § 8 der Arbeitsordnung eine zehnstündige Arbeitszeit vorsieht.

In der Siegener Privatindustrie ist ebenfalls, fast ohne Ausnahme der Zehnstundentag eingeführt, sodas das Verhalten der

Gaswerksverwaltung für jeden sozial denkenden Menschen einfach unverständlich ist. Eine Eingabe unseres Verbandes dieserhalb an die Verwaltung der Gaswerke blieb bisher ohne jede Verantwortung.

Berechtigte Beschwerden haben auch die städtischen Arbeiter, soweit sie in Trupps von 10 Mann und mehr beschäftigt sind, über das Fehlen von Unterkunfts räumen und Abortanlagen. Ohne einige Groschen von ihrem gewiß nicht zu hohen Lohne verzeihen zu müssen, wissen sie oft nicht, wo sie ihr karges Mittagbrot einnehmen, oder ihre Notdurft verrichten sollen. Was die Polizeibehörden von jedem Bauunternehmer verlangen, müßte doch auch bei den städtischen Unternehmungen zu finden sein.

Hoffentlich wird die Stadtverwaltung und das Stadtverordneten-Kollegium Veranlassung nehmen, hier einmal nach dem Rechten zu sehen.

Berschleppungspolitik in Bonn.

Im Oktober vor. Jahres unterbreitete die Verbandsleitung im Auftrage der städtischen Arbeiter dem Oberbürgermeister und Stadtverordnetenkollegium eine Eingabe, in der um Neuregelung der unzeitgemäßen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten ersucht wurde. Der Notwendigkeit einer derartigen Maßnahme konnte sich die Stadtverwaltung nicht verschließen. Sie trat auch in eine Prüfung der Verhältnisse ein. Aber zu einem Abschluß und zu einer definitiven Regelung der Angelegenheit ist es bisher noch nicht gekommen, obgleich dieselbe mehrfach in Aussicht gestellt ist. Die Arbeiterschaft hatte nun erwartet, daß doch mit Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April die Regelung in Kraft getreten wäre. Aber auch dieser Zeitpunkt verging, ohne daß eine Aenderung in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen eingetreten ist. Gewiß läßt sich eine derartige grundlegende Neuregelung in einem städtischen Betriebe nicht von heute auf morgen durchführen. Aber wenn nur etwas mehr guter Wille vorhanden gewesen wäre, hätte in den verfloffenen 5 Monaten die Angelegenheit ihre Erledigung finden können.

Eine Versammlung der Ortsgruppe Bonn nahm am 12. April zu dieser Verschleppungspolitik Stellung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und dem Herrn Oberbürgermeister zur Kenntnisnahme unterbreitet:

„Die in den Betrieben der Stadt Bonn beschäftigten Arbeiter bedauern lebhaft, daß bisher ihren berechtigten Forderungen in der Eingabe vom 19. Oktober 1912 noch nicht entsprochen ist. Sie richten daher an die städtische Verwaltung und das Stadtverordnetenkollegium die dringende Bitte, diesen Anträgen baldigst Folge zu geben, und geben der Erwartung Ausdruck, daß die Neuregelung mit Wirkung vom 1. April 1913 ab erfolgt.“

Lohnbewegungen.

Für die Gemeindearbeiter in B o n n wird in einer Eingabe an den Magistrat und Stadtverordnetenkollegium eine grundsätzliche Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangt. Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung für alle Arbeiter mit einer festen Lohn t a f e l. Erhöhung der Löhne und der Zuschläge für Sonntagsarbeit und Ueberstunden. Einführung von Arbeiterausschüssen und Erweiterung der Ansprüche der Arbeiter auf Grund des § 616 des B. G. B. und einer Anzahl weiterer Forderungen.

In B o n n ist am 1. April eine Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht erfolgt. Es wurde daher der Beschluß gefaßt, die bevorstehende Neuregelung solle mit Rückwirkung vom 1. April ab in Kraft treten.

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in D ü s s e l d o r f ist vorläufig zum Abschluß gekommen. Wir haben

bereits in voriger Nummer darüber berichtet und kommen auf die Einzelheiten noch zurück.

In der Stadt Trier ist die Verwaltung geneigt, nur einem Teil der unterbreiteten Wünsche entgegenkommen zu zeigen. (Siehe auch den diesbezüglichen Artikel in vorliegender Nummer.)

Ein neuer Erfolg unseres Verbandes.

Unsere Ortsgruppe Müllhausen richtete vor einiger Zeit eine Eingabe an die Verwaltung und den Gemeinderat in Dornach, in der um Gewährung einer Feuerungszulage ersucht wurde. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Den betreffenden Arbeitern wurden 25 Mark sofort ausbezahlt, weitere 25 Mark sind zur Auszahlung an einem späteren Termin bewilligt. Dieser Erfolg wurde erreicht ohne den bei den Sozen sonst üblichen Lamtam. Für die Arbeitskollegen hier und in Dornach soll dies ein Fingerzeig sein, sich vollzählig dem christlichen Gemeindearbeiterverbande anzuschließen.

Aus den Ortsgruppen.

Müllhausen i. E. Recht nette Zustände herrschen in den von den Genossen besetzten Arbeiterausschüssen der hiesigen städtischen Werke. Bei der letzten Wahl sind Vorkommnisse zu verzeichnen, die der gesamten roten Presse Veranlassung geben könnte, zu kräftigen Entrüstungsrummel zu machen. Nur daß es hierbei gegen die eigenen Genossen gehen müßte. Wie die Wahlfreiheit bei diesen Leuten aussieht dort, wo sie das Szepter in der Hand haben, dafür ein sprechender Beleg. Nur echte Genossen erhielten Zutritt zum Wahllokale. Unseren Vertretern wurde die Möglichkeit genommen, die Wahl zu kontrollieren. Sie wurden, obgleich sie städtische Arbeiter waren, aus dem Lokal verwiesen. Nur der sozialdemokratische Lokalbeamte Schmucker, der nicht städtischer Arbeiter ist, erhielt freien Zutritt! Die als ungültig erklärten Stimmzettel waren in der Hauptsache Stimmzettel der christl. Gemeindearbeiter, die mehr Namen enthielten, als erforderlich war; die sozialdemokratischen Stimmzettel hingegen, die ähnlich mehr Namen enthielten, wurden als gültig erklärt und mitgezählt! Die reinste Willkür, denn nach § 3 der Bestimmungen zur Wahl des Arbeiterausschusses (§. 49) sind solche Stimmzettel ungültig und wir verlangen strikte Einhaltung dieser Bestimmungen, auch gegenüber den Sozen. In dieser Angelegenheit ist übrigens das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Wie der bisherige Ausschuß die Interessen der Arbeiter vertritt, dafür ebenfalls ein Beweis: Gelegentlich der Ausschußwahlen hatten auch drei christlich organisierte Arbeiter für die Erledigung der notwendigen Wahlarbeiten einen Tag frei genommen. Es wurde ihnen hierbei anheim gestellt, vorläufig diesen freien Tag an ihrem Urlaub abgehen zu lassen. Vielleicht ließe sich nachträglich die Sache doch so regeln, daß sie schließlich für den freigehabten Tag weder eine Urlaubseinschränkung noch irgend einen Lohnabzug auf sich zu nehmen hätten. Dies schien nun aber dem Vorsitzenden des Ausschusses — ein sozialdemokratischer Gewerkschaftler — nicht zu behagen. Er wurde beim Ressort-Chef dieser Arbeiter vorstellig und verlangte, daß ihnen dieser freie Tag nicht am Urlaub nachgelassen werden dürfe, sondern ihnen für den betreffenden Tag der Lohn abgezogen werden müsse!

Wirlich nette Arbeitervertreter, diese patentierten Genossen!

Düsseldorf. (Straßenbahner.) Am 2. April hatte der sozialdemokratische Transportarbeiterverband eine Versammlung der Straßenbahner einberufen, zu der außer 2 Genossen auch mehrere Mitglieder unseres Verbandes erschienen waren. Referent war der Herr Rathmann von der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes in Berlin. In seinen Ausführungen machte er ein interessantes Geständnis, indem er ausführte: „Wir (die roten Straßenbahner, D. Red.) schließen uns nicht zusammen, um zu streiken, sondern wir wollen nach Möglichkeit durch friedliche Verhandlungen etwas erreichen.“ Ei poß tausend! Damit sagt der Referent dasselbe, was wir in unseren Sabungen festgelegt haben, und weshalb wir von dem Organ der Genossen, dem roten „Straßenbahner“, immer so heftig angegriffen werden.

Herr Gauleiter Kösel, ebenfalls vom roten Transportarbeiterverband, äußerte sich zu dem Streik in Oberassfel wie folgt: „Ich gebe zu, daß die Führer Euerer christlichen Organisation in Oberassfel ihr Mögliches getan haben durch Abhalten von Versammlungen und Verteilung von Flugblättern. Um der Wahrheit die

Ehre zu geben, muß ich gestehen, daß Euer (christlicher) Verband für die Kollegen Vorteile erzielt hat. Das läßt sich nicht ableugnen. Wer aber die Direktion der Rh. W. G., besonders aber den Herrn Direktor Schwab und die Düsseldorfser Stadtverwaltung kennt, den wundert es nicht, daß der Streik verloren gegangen ist.“

Alle Anerkennung für die vorurteilslose Beurteilung der damaligen Situation seitens eines Gegners.

Aber mit diesem Urteil eines Mannes, der jahrelang Gelegenheit hatte, die Zustände kennen zu lernen und richtig zu beurteilen, vergleiche man die Leitartikel im roten „Straßenbahner“ über „Christliche Stümper“, „Unfähige Leiter“, „Selbe Gewerkschaften“ und weitere Kosenamen, mit denen unser Verband fast in jeder Nummer belegt werden. Hat's auch keinen Sinn, so ist's doch Methode, denkt jedenfalls die Redaktion des roten „Straßenbahner“, wenn sie in 4 oder 5 Spalten über uns herfällt und alles Mögliche zusammenträgt, wofür der denkende Kollege nur ein Kopfschütteln übrig hat. Deshalb ist es recht gut, wenn sie von ihren eigenen Leuten, wie es in den oben angeführten Neußerungen geschieht, von Zeit zu Zeit klatschende Ohrfeigen bekommt, die sie zeitweise zur Ernüchterung bringen werden.

Den Vertretern des Transportarbeiterverbandes gelang es auch nicht, die „Düsseldorfser Volkszeitung“, das sozialdemokratische Lokalblatt, in Straßenbahnerfragen reinzuwaschen. Die Kollegen haben ihre Ausführungen, die eine Verhöhnung des Personals der Straßenbahn darstellen, und nicht das geringste Verständnis für den aufregenden Dienst, bei überfüllten Wagen erkennen lassen, noch nicht vergessen. Der Rat, den sie in ihrer Nr. 188, 1911 der Direktion erteilt, an das Fahrpersonals eine Anzahl „Knigge“ verteilen zu lassen, ist alles andere nur keine Wahrnehmung der Interessen der Kollegen.

Essen. In diesem Jahre fanden zum zweiten male die Wahlen zum Arbeiterausschuß der städtischen Werke und Betriebe statt. Für die Besetzung der Posten im Arbeiterausschuß gilt das Verhältniswahlsystem. Während sich die Genossen und Girsch-Dunderaner auf eine gemeinsame Liste vereinigt hat, ging unser Verband allein vor. Aus diesem Anlaß hatte die Ortsgruppe Essen des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner am 27. Januar zwei öffentliche Versammlungen im Saale der „Gesellschaft Erholung“ einberufen, welche sich einer lebhaften Beteiligung erfreuten. In beiden Versammlungen referierte der Bezirksleiter Krumb-Edln über die Ziele und Zwecke der gewerkschaftlichen Organisation im Bezug auf die Gemeindearbeiter und zog daraus die Schlußfolgerung, wie sich die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse in Bezug auf den Arbeiterausschuß sich dazu zu stellen hätten. Auch legte er den Unterschied zwischen christlichen und freien Gewerkschaften auseinander und zeigte so klar und deutlich, daß Arbeiter in Städten, wo ein größerer Teil der Stadtverordneten Sozialdemokraten sind, nicht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hätten, als jene in solchen Städten, wo ein Teil christlicher Arbeitervertreter im Stadtparlament mit tätig sind. Diese Ausführungen rief bei verschiedenen anwesenden Genossen ein Unbehagen hervor. Zur Diskussion meldete sich auch u. a. der Vorsitzende der Ortsgruppe Essen des roten Staats- und Gemeindearbeiterverbandes. Dieser wollte so gern die Streifbrüche der Christlichen den Versammelten servieren und führte auch den sogenannten Streikbruch von einigen in Mendon ausgesperrten christl. Metallarbeitern an, welchen dieselben auf Veranlassung der Ortsleitung Mendon ausgeführt haben sollten. Es wurden dem Genossen doch gleich vom Leiter der Versammlung, Koll. Stommel und vom Bezirksleiter Koll. Krumb seine Ausführungen widerlegt. Trotzdem brachten die Genossen es fertig, am Tage der Wahl dieselben schmutzigen und widerlegten Aussagen nochmals auf einem Flugblatte den Arbeitern zu unterbreiten. Das Schönste hierbei war, daß das Flugblatt so recht in sozialdemokratisch gehäffiger Form geschrieben, aber von einer Girsch-Dundercherin Gröhe namens „Range“ als Verfasser unterzeichnet war. Die Herren Genossen und Girsch brachten es auch zusammen auf 3 Ausschußmitglieder. Wir brachten 7 unserer Kollegen durch und 6 Mitglieder wurden von den Indifferentsen durchgebracht. Letztere aus den Gründen, weil viele Arbeiter nichts von Organisation kennen und auch z. Teil deshalb, weil sie Liebdiener bei den Vorbesetzten sind. Trotz allen Hindernissen kann unsere Ortsgruppe stolz sein auf den Verlauf der Wahl und wird auch in Zukunft bei allen ähnlichen Gelegenheiten treu ihren Mann zu stellen wissen.

Röln. (Gemeindearbeiter.) In der außerordentlichen Generalversammlung vom 16. Februar ist einstimmig der Beschluß gefaßt worden, den Beitrag einheitlich für die ganze Ortsgruppe auf 0.45 Mk. festzusetzen (§ 19 des Statuts). Einzelne Kollegen glaubten, dies sei nur eine eigenmächtige Maßnahme ihrer Vertrauensleute. Diesen Kollegen diene dies zur Kenntnis. Wir hoffen, daß alle Kollegen Opferwilligkeit genug besitzen, diesem Beschluß nachzukommen. Ausnahmen können nicht gemacht werden.

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Ortsgruppenvorstände darauf aufmerksam, daß am 29. April die Frist abläuft, bis zu welcher nach § 52 der Satzungen die Quartalsabrechnung mit der Hauptgeschäftsstelle getätigt sein muß.

Vom 1. Quartal 1913 haben abgerechnet die Ortsgruppen: Starnberg, Werne, Umberg, Würzburg (Straßenbahner), Villau, Baden, Lichtenthal, Landshut (Gemeindearbeiter), Brittriching, Laufen, Mannheim (Straßenbahner), Stuttgart, Siegen, Hannover, Stettin, Liegnitz, Wirmenden und Bamberg.

Der Zentralvorstand.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Krankenkassen-Kongress.

Der Gesamtverband Deutscher Krankenkassen ladet die angeschlossenen Kassen zur diesjährigen Hauptversammlung auf den 22., 23. und 24. Juni nach Essen (Ruhr) ein. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Das Verhältnis der Krankenkassen a) zu den Ärzten und Apothekern, b) zu den Kassenangestellten. 2. Das Streitverfahren in der Krankenversicherung nach der RVO. 3. Verschiedenes. Nur solche Krankenkassen, die bis zum 15. Juni d. J. die Mitgliedschaft des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen erworben haben, können durch legitimierte Vertreter an den Verhandlungen sich beteiligen. Zur Deckung der Unkosten werden für jeden Vertreter drei Mark Delegationsbeitrag erhoben, der vorher an den Schatzmeister des Verbandes, Herrn Verwaltungsdirektor Meyer in Essen (Ruhr), Schützenstraße 24, einzusenden ist. Darauf erfolgt die Versendung der Delegiertenkarte. Anfragen, Anmeldungen sowie Anträge für die Hauptversammlung sind zu richten an die Geschäftsstelle in Köln (Rhein), Benloertwall 9. Krankenkassen, die bis zum angegebenen Termine noch nicht Verbandsmitglied geworden sind, können als Gäste an dem Kongress teilnehmen.

Eine Petition zum Staatsarbeiterrecht.

hat der Zentralverband deutscher Eisenbahner (Sitz Elberfeld) unter dem 1. Februar d. J. dem preussischen Abgeordnetenhaus überreicht. Das hohe Haus, so heißt es in der Eingabe, möge die Staatsregierung ersuchen, den Bundesrat zu veranlassen, in Anbetracht dessen, daß die Eisenbahnhilfsbeamten, Handwerker und Arbeiter der Reichsgewerbeordnung nicht unterstellt sind, dem Reichstage baldigst einen Gesekentwurf vorzulegen, durch welchen folgende Fragen aus ihrem Arbeitsverhältnis geregelt werden: 1. Lohnzahlung und Lohnzahlungstermine; 2. Arbeitszeit; 3. Arbeitsunterbrechung und Urlaub; 4. Sonntagsruhe und Arbeiterschutz; 5. Arbeitervertretung: Arbeiterausschüsse für den Bereich der einzelnen Direktionsbezirke und eine Staatsarbeitskammer für den Gesamtbereich der Preussisch-Hess. Staatsbahnen; 6. Koalitionsrecht und Streikfrage; 7. Sicherung des Arbeitsverhältnisses; 8. Fragen der Rechtsverfolgung; die Eisenbahnhilfsbeamten, Handwerker und Arbeiter wünschen die Einführung von für Rechtsstreitigkeiten aus ihrem Arbeitsverhältnis ausschließlich zuständigen, paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichten mit einem richterlichen Staatsbeamten als Vorsitzenden.

Die Krefelder Straßenbahn, A.-G. in Krefeld. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Johansen (Krefeld) fand am 15. April in Krefeld die ordentliche Hauptversammlung statt, in welcher 7 Aktionäre 3 349 000 Mk. Aktien vertraten. Bei der Vorlegung des Geschäftsberichtes erhoben mehrere Aktionäre angefaßt der seit Jahren vorhandenen Dividendenlosigkeit Vorwürfe,

daß anscheinend die Stadt Krefeld, als Besitzerin des größten Teils der Aktien, ihren Einfluß auf das Unternehmen dahin geltend mache, daß Zahlung einer Dividende nicht vorgenommen werden könne. Sie bergewaltige so gewissermaßen die Minderheit der Aktionäre.

Auf diese und andere Vorhaltungen wurde vom Vorsitzenden erwidert, daß aus dem Erneuerungsbestand nicht die Kosten für neue Anlagen bestritten würden, sondern für Verbesserungen des Betriebs. Die Klagen der Krefelder Einwohnerschaft über schlechte Beschaffenheit verschiedener Linien seien freilich berechtigt. Die Gesellschaft habe eben unter den Fehlern der früheren Leitung auch jetzt noch zu leiden. Man müsse aber berücksichtigen, daß inzwischen mehrere neue Linien in Betrieb genommen worden seien, und daß die Einnahmen der Bahn trotz geringe Zunahme der Einwohnerzahl von Krefeld in ständigem Fortschritt begriffen seien.

Ungünstig beeinflusst werde das Ergebnis u. a. auch durch den alten, mit der Stadt Krefeld abgeschlossenen Vertrag. Von Vergewaltigung der Minderheit könne aber die Rede nicht sein. Die Stadt Krefeld habe es abgelehnt, diejenigen Aktien zu kaufen, die ihr von Aktionären sehr billig angeboten worden seien, um dadurch den Eindruck zu vermeiden, als ob die Stadt die Minderheit der Aktionäre mürbe machen wolle. Die Stadtverwaltung sei jederzeit bereit, dem Vorteil der Gesellschaft zu dienen. An Besserung der Verhältnisse könne aber nicht früher gedacht werden, als bis der Erneuerungsbestand auf solche Höhe gebracht worden sei, daß man die noch erforderlichen umfangreichen Verbesserungen des Betriebs ausführen könne.

Alsdann wurde der Abschluß gegen zwei Stimmen genehmigt und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Also endlich sieht die Verwaltung ein, daß die frühere Leitung der Straßenbahn ihrer Aufgabe nicht gewachsen war. Aber nicht nur sind in der kaufmännischen und technischen Leitung des Herrn „Oberst“ sehr viel Fehler gemacht, sondern auch die Art und Weise der Entlohnung und Behandlung des Personals hat nicht wenig zu den ungünstigen Verhältnissen der Gesellschaft beigetragen.

Trotzdem hält die heutige Leitung an dem alten Koalitionsverbot fest, wie sie auch in sonstigen Punkten der Angestelltenfrage noch die alten ausgetretenen Wege des Herrn Oberst a. D. wandelt.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die christlichen Gewerkschaften in Köln.

Am 1. April haben die Verwaltungen der christlichen Gewerkschaften in Köln ihr eigenes Heim bezogen. Direkt gegenüber dem Westbahnhof, an der verkehrreichen Benloerstraße, die den industriellen Vorort Ehrenfeld mit der Altstadt verbindet, erhebt sich das christliche Gewerkschaftshaus. Schon in seinem Neukern ist dieser stattliche Neubau im kraftvollen Bilde Zeugnis des Aufstiegs, den unsere Bewegung in wenigen Jahren genommen.

Ende des Jahres 1910 waren in Köln etwa 700 christliche Gewerkschaftler vorhanden. Ende 1906 konnte man in 54 Zahlstellen 3044 Mitglieder zählen. Im August des Jahres errichtete das Kartell ebenfalls ein eigenes Sekretariat. Von da ab wurde jährlich über die Entwicklung der Bewegung im Kölner Bezirke berichtet. 1907 zählte man 4148, 1908 4236, 1909 4662, 1910 6502 und 1911 8593 Mitglieder. Am Jahreschlusse 1912 waren aus 20 Zentralverbänden, 11 355 Mitglieder dem Kölner Kartell angeschlossen.

Durch den Aufschwung, den die christliche Gewerkschaftsbewegung in der gleichen Zeit im deutschen Vaterlande insgesamt nahm, wuchs naturgemäß die Arbeit auch an den in Köln stationierten Zentralen und vor allem am Generalsekretariat immer mehr an. Längst waren die 1903 im Hause Palmstraße 14 bezogenen Räume zu klein geworden. Das Generalsekretariat, an das mittlerweile der Gewerkschaftsverlag, ein Presse-, Jugend- und Agitationsbezernat angegliedert worden war, siedelte deshalb schon 1911 in das weiterhin gemietete Haus Eintrachtstraße 147 über.

Alles das waren aber nur Ratbehelfe. Die Errichtung eines eigenen, ganz den Anforderungen entsprechenden Heims war längst Notwendigkeit geworden.

Kraftvolle Arbeitergestalten hat der Künstler rechts und links des Einganges in Stein gemeißelt. Kraftvoll wird die Bewegung der christlich-nationalen Arbeiter Deutschlands fortan von dort geleitet werden. Köln aber, stolz darauf, die Zentrale der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in seinen Mauern zu wissen, wird neue Scharen von Mitgliedern zu ihren Kerntruppen schicken.

Ausschussführung des Gesamtverbandes.

Die diesjährige Frühjahrstagung des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wurde am 18. und 19. März in Köln abgehalten. Der Bericht des Vorstandes und die anschließende ausführliche Aussprache beschäftigten sich in der Hauptsache mit organisatorischen und taktischen Fragen, bei denen die diesjährigen Lohn- und Tarifbewegungen einen besonders breiten Raum einnahmen. Dem Zentralverband christlicher Maler und verwandt. Verufe wurde angeichts des von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampfes im Malergewerbe die nachdrücklichste Unterstützung der Gesamtbewegung zugesagt; ebenso dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter im Hinblick auf die große Aussperrung in Krefeld. Das vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus unverantwortliche Verhalten der sozialdemokratischen Führer bei dieser Bewegung fand in der Ausschussführung die schärfste Verurteilung. — Im Anschluß an die Aussprache über den Geschäftsbericht wurde der Vorschlag des Stabs für das laufende Jahr gutgeheißen, dem Vorstand für das letzte Berichtsjahr Entlastung erteilt und die Neuwahl der Vorstandsmitglieder vorgenommen. Gewählt wurden: Als 1. und 2. Vorsitzender die Kollegen Schiffer und Behrens; ferner die Kollegen Vogelhang, Imbusch, Wiedenberg, Wieber, Kurtscheid, Gutschke und Fräulein Behm. — Ein Vortrag des Kollegen Stegerwald über „Unsere Agitation“ griff ins volle Gewerkschaftsleben hinein und brachte im Verein mit der nachfolgenden Aussprache eine Menge wertvoller Anregungen, die unmehr von den Verbandsleitungen und einzelnen Funktionären in die Praxis zu übersehen sind. — Mit zwei wichtigen aktuellen Tagesfragen befaßte sich die Ausschussführung am zweiten Verhandlungstag: mit der Volksversicherung und der deutschen Wirtschaftspolitik. Der Vortrag des Abgeordneten Joh. Becker über die Versicherungsfrage gab einen Ueberblick über die einschlägigen Verhandlungen im bürgerlichen Lager und ihre Ergebnisse. Das Referat des Herrn Dr. Busch über die deutsche Zoll- und Handelspolitik war mehr informatorischer Art; in großen Umrissen entrollte es ein Bild des deutschen Wirtschaftslebens in seinen vielgestaltigen Beziehungen zu den übrigen Nationen, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der handarbeitenden Volksschichten. Angesichts der bevorstehenden Erneuerung wichtiger Zoll- und Handelsverträge sollen die einzelnen Berufsgruppen im christlichen Arbeiterlager sich frühzeitig mit den sie besonders angehenden Einzelfragen beschäftigen und ihre Interessen nach Möglichkeit zu wahren suchen. — Die auswärtigen Teilnehmer an der Ausschussführung hatten Gelegenheit, das in der Hauptsache fertiggestellte neue Bureauhaus der christlichen Gewerkschaften in Köln zu besichtigen, das, wie schon bekannt gegeben, Anfang April ds. J. von sämtlichen in Köln stationierten Gewerkschaftssekretariaten bezogen wurde.

Christliche Arbeiter in Gemeindevertretungen. Bei der am 27. Februar in Bahr in Baden stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen für die 3. Wählerklasse wurde von der Nationalliberalen- und der Zentrumspartei je ein christlicher Gewerkschaftler, als erster auf jeder Vorschlagsliste, ins Stadtparlament gewählt. Die Sozialdemokraten erlitten durch das tatkräftige Eingreifen der bürgerlichen Parteien in dieser Klasse eine eklatante Niederlage.

Einigungsverhandlungen im Malergewerbe wurden am 8. April im Berliner Gewerbegericht aufgenommen. Vor Eintritt in die Verhandlungen verlangte Weigeordneter Rath namens der drei Unparteiischen eine Erklärung darüber, ob der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes einen die Unparteiischen schwer beleidigenden Artikel der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ deckt. Der Arbeitgeberverband verneinte das und versicherte die Unparteiischen seines vollen Vertrauens, obgleich seine Sprecher mehrfach Ausführungen machten, die einem Mißtrauensvotum sehr nahe kamen. Besonders die Erklärung der Unparteiischen in Nr. 3 des „Einigungsamt“ betreffend die paritätischen Arbeitsnachweise bildete für die Arbeitgeber den Stein des Anstoßes. Der Arbeitgeberverband verlangte sodann eine Anzahl Änderungen am Wortlaut des Tarifvertrages und die Reduzierung der durch die Schiedsprüche vom 24. Februar festgesetzten Lohnerhöhungen auf drei Pfennig, auf die 3 Tarifjahre verteilt. Einer engeren Kommission gelang es, in stundenlangen Beratungen die Streitpunkte bezüglich des Tariffschemas durch Formulierung bezüglicher Erläuterungen auszuräumen, ohne am Wortlaut des Vertrages selbst

Änderungen vorzunehmen. Die aus dem Tariffschema hergeleiteten Gründe der Arbeitgeber zur Verhängung der Aussperrung sind dadurch gegenstandslos geworden. — Zur Lohnfrage machten nunmehr die Vertreter der Arbeitgeber den Vorschlag, allgemein die Schiedsprüche dahin zu ändern, daß drei Pfennig Erhöhung sofort eintreten solle. Die Gehilfenvertreter erklärten diesen Vorschlag für undiskutabel. In den Plenarverhandlungen am 9. April wurde das Ergebnis der Verhandlungen zum Tariffschema gutgeheißen unter der Voraussetzung, daß auch die Lohnfrage eine befriedigende Regelung finde. Hierzu erneuerte der Hauptvorsitzende der Arbeitgeber, Herr Kruse-Berlin das in der Kommission gemachte Angebot. Die Gehilfenvertreter gaben dazu folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen lehnen das Angebot der Arbeitgeber, durch das sie die Absicht bekunden, selbst noch unter die in den Schiedsprüchen festgesetzten Löhne herunterzugehen, grundsätzlich ab. Sie halten eine Verständigung für eine Reihe von Lohngebieten auf der Grundlage der Schiedsprüche ohne weiteres für möglich. Dagegen können sie für einen weiteren Teil von Lohngebieten die in den Schiedsprüchen festgesetzten Bedingungen über Löhne und Arbeitszeiten nicht als ausreichend anerkennen, weil die örtlichen Verhältnisse nicht genügend gewürdigt worden sind. Außerdem hat sich die Situation durch die vom Arbeitgeberverband vorgenommene Aussperrung wesentlich verändert, indem durch den inzwischen erfolgten Abschluß zahlreicher einzelner und korporativer Tarifverträge, u. a. mit dem „Bund deutscher Dekorationsmaler“, die Schiedsprüche bereits überholt sind.“

Demgegenüber verharrete der Arbeitgeberverband auf seinem Standpunkt. Die Unparteiischen stellten daraufhin mit dem Ausdruck des Bedauerns fest, daß die Verhandlungen gescheitert seien. Der seit Anfang März andauernde Kampf wird also seinen Fortgang nehmen.

Der christliche Metallarbeiter-Verband

veröffentlicht in seinem Verbandsorgan „Der deutsche Metallarbeiter“ (Nr. 15, 1913) seine Jahresabrechnung für 1912. Die Gesamteinnahme betrug 1 234 935 Mk. Davon entfallen auf Beiträge 967 249 Mk., auf Delegiertenbeiträge, Eintrittsgeld und Lokalbeiträge 211 787 Mk. und auf sonstige Einnahmen 55 918 Mk. Die Gesamteinnahme ist gegen das Jahr 1911 um rund 103 000 Mk. gestiegen. Für Unterstützungs zwecke wurden 427 224 Mk. verausgabt. Die Streikunterstützung erforderte 173 369 Mk., die übrigen Unterstützungsarten 253 854 Mk. Die letztgenannten Unterstützungen erforderten im Jahre 1912 rund 48 500 Mk. mehr wie 1911 und 63 400 Mk. mehr wie 1910. Besonders die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung weist eine größere Steigerung auf. Die Krankenunterstützung erforderte 1912 182 341 Mk. gegen 153 301 Mk. im Jahre 1911. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im Berichtsjahre 35 716 Mk. ausgegeben gegen 23 497 Mk. im Jahre 1911. Das Verbandsvermögen ist gestiegen um 281 425 Mk., und betrug am Jahreschluß 1 428 098 Mk.; davon sind 1 328 000 Mk. in der Hauptkasse. Auf jedes Mitglied entfallen beim christlichen Metallarbeiterverband durchschnittlich 31.40 Mk. Hauptkassenvermögen, während der Durchschnitt im sozialdemokratischen Verband sich nur auf 20.25 Mk. beläuft. Der christliche Metallarbeiterverband ist, wie dieser kurze Auszug aus seiner Jahresabrechnung zeigt, eine durchaus leistungsfähige und festfundierte Organisation, die sich als wirkungsvolle Interessenvertretung der im Metallgewerbe beschäftigten Arbeiter erwiesen hat.

Zum Färberstreit in Krefeld.

Eine wahre Schlammschlacht von Verdächtigungen und Verleumdungen ergießt sich zurzeit in der sozialdemokratischen Presse über den christlichen Textilarbeiterverband. Er soll im Krefelder Färberstreit Arbeiterverrat und Streibbruch verübt haben. Damit soll die sozialdemokratische Presse die beispiellos unverantwortliche Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Krefeld zu verdecken, getreu der Taktik: Haltet den Dieb! Die sozialdemokratische Textilarbeiterorganisation verübt Streibbruch; sie zwingt ihre Mitglieder im Wuppertale, Streikarbeit für Krefeld zu machen. In einer Zuschrift an die in Krefeld erscheinende „Westdeutsche Rundschau“ vom 5. April bestätigt ein Färberereibesitzer, daß in den Wuppertaler Färberereibetrieben für Krefelder Aufträge gefärbt wird. Der betr. Färberereibesitzer hielt dies für selbstverständlich; man hoffe dadurch, die früher an Krefeld verlorenen Aufträge wieder zu gewinnen. Der christliche Textilarbeiterverband kann in Krefeld schon deshalb keinen Streibbruch verüben, weil seine Zentraleitung in Verbindung mit den christlich organisierten Färbern den Streit als für sie beendet erklärt haben.

Dagegen ist die Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes im Krefelder Färberstreit wirklich als Arbeiter-

verrat zu bezeichnen. Um der christlichen Organisation einen Schlag zu versetzen, setzt er den Kampf fort, obgleich ein Erfolg für die Arbeiter nicht mehr zu erzielen ist. Die sauer zusammengetragenen Gewerkschaftsgelder werden also förmlich zum Fenster hinausgeworfen. Selbst für den Fall, daß die Arbeitgeber den Streitenden noch einige kleine Zugeständnisse machten — was jedoch vollständig ausgeschlossen erscheint — würden die Erfolge längt nicht die großen Opfer aufwiegen, die der Kampf bereits verschlungen hat und noch weiterhin verschlingen wird. Es ist ein großer gewerkschaftlicher Unsinn und ein Verbrechen zugleich, einen Kampf zu führen, der 10 000 Mark kostet, aber nur 1000 Mark einbringen kann. Einen solchen Kampf unternimmt keine gewissenhafte Gewerkschaftsleitung.

Der christliche Textilarbeiterverband hat bereits einen weiteren schönen Erfolg erzielt. Seinen Bemühungen und seiner Haltung ist es in der Hauptsache zu verdanken, daß der Arbeitgeberverband die Sperre aufgehoben hat. Dadurch sind weitere große Schäden für die Gewerkschaften, für die Arbeiter und für die Industrie abgewandt worden. Selbst das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes bezeichnet die Aufhebung der Sperre als einen großen Erfolg für die Arbeiter. Das ist das Verdienst des christlichen Verbandes. Dadurch ist auch der Plan des roten Verbandes, die verhasste christliche Organisation „gehörig bluten zu lassen“ aufschanden geworden.

Die ganze Mut über diesen Erfolg und über den eigenen Hereinfall macht sich nun in wüsten Schimpfereien Luft.

Unterdessen krieselt es unter der sozialdemokratischen Textilarbeiterbewegung Krefelds ganz gewaltig. Die Mitglieder sind mit der gewissenlosen Haltung ihrer Führer nicht mehr einverstanden. Selbst die streikenden Färber beginnen auffässig zu werden. Mehrere sozialdemokratisch organisierte Färber machen den Verrat ihrer Führer nicht mehr mit, sie gehen entgegen der Parole ihrer Führer in die Betriebe. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband wird sich in Krefeld eine Niederlage holen, an die er noch lange denken wird.

Angeichts der verlorenen Position machen die Genossen in ihrer Verzweiflung nun noch die letzten Anstrengungen, um durch brutalen Terrorismus zu retten, was zu retten ist. Am 14. April hatten sie einem an Nervosität leidenden christlich organisierten Färber derart zugeföhrt, daß er in seinem krankhaften Zustande den freiwilligen Tod in den Wellen des Rheins suchte und fand.

Anscheinend haben nach Ansicht der Genossen die Scharfmacher noch nicht genug Gründe für eine neue Buchhausvorlage. Diesen Leuten kann zur Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Pläne nichts willkommener sein, wie die „Selbentaten“ der roten Färber in Krefeld.

Christlich-nationaler Arbeitertag in Münster i. W.

Die bedeutamen Kongresse in Dresden und Essen haben die christl.-nat. Arbeiterbewegung erneut in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gestellt. Regierung und Parlamente — Arbeitgeber und weite Kreise des Volkes wenden in letzter Zeit der aufstrebenden christlichen Arbeiterschaft ihr Augenmerk zu. Gelehrte aller Richtungen bemühen sich, die Tätigkeit und das Wesen der christlichen Arbeiterbewegung in Wort und Schrift zum Gegenstand von wichtigen Publikationen zu machen.

Um die Bedeutung der christl. nat. Arbeiterbewegung auch in den einzelnen Landesteilen wirksam hervorzuheben, wurden im Laufe des vorigen Jahres außer den beiden vorgenannten Kongressen mehrfach sog. Arbeitertage veranstaltet, von denen sich die in Baden und an der Porta Westfalica wohl des imposanten Verlaufes zu erfreuen hatten. Das gesamte Münsterland rüstet sich zurzeit ebenfalls mit regem Eifer zu einer derartigen Tagung, die am 27. April in Münster stattfinden soll. Seit Wochen werden die Vorbereitungen dazu getroffen, um die Veranstaltung möglichst imposant zu gestalten. Die Tagung wird eingeleitet durch eine große Delegiertenkonferenz im Gefellenhaus, in welcher über den derzeitigen Stand der gesamten christl. Arbeiterbewegung im Münsterland eingehend Bericht erstattet wird. Ein besonderes Referat des Generalsekretärs Stegerwald-Röln wird den Delegierten neue Richtlinien für eine weitere erfolgreiche Agitation vermitteln. Anschließend hieran findet Diskussion statt.

Nachmittags 4 Uhr findet dann im großen Schützenhause eine öffentliche Versammlung statt, zu der als Redner die Herren Diözesanpräses Dr. Müller-M.-Glabach und Generalsekretär Stegerwald-Röln gewonnen sind, die über die „Bedeutung der christl. Arbeiterbewegung als Kulturbewegung“ und über „die Notwendigkeit der konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereine“ sprechen wird.

Zwölf Gebote

für die Mitarbeiter am Organ.

Was du deiner Zeitung mitteilen willst, tue es rasch und schicke es sofort ein; denn was neu ist, wenn du es denkst oder erfährst, wird es vielleicht nach wenigen Stunden nicht mehr sein.

Sei kurz; du sparst damit die Zeit der Redakteure, Seher, Korrektoren und deine eigene. Dein leitender Grundsatz sei: Tatsachen, keine Redensarten, keine langen Betrachtungen.

3. Unterlasse jede Unterstreichung. Du verursachst sonst der Redaktion unnötige Arbeit, da nur sie entscheiden kann, was im Druck hervorzuheben ist.

4. Dein weiterer Grundsatz sei: Kein Fremdwort für das, was in gutem Deutsch ebenso verständlich ausgedrückt werden kann.

5. Sei klar: schreibe leserlich, besonders Namen u. Ziffern.

6. Eigennamen, besonders Ortsnamen, schreib auf dem Rande nochmals, und zwar deutlich mit lateinischen Schriftzügen.

7. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern Monat und Tag.

8. Setze mehr Punkte als Kommata, aber vergiß keine von beiden. Mache keine langen Sätze! Besleißige dich eines knappen Stils.

9. Verbessere niemals in einem Namen oder in einer Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben oder auf den Rand, aber nicht mit roter Tinte.

10. Lasse stets einen mindestens zwei Finger breiten Rand des Papiers frei, damit Platz zu Änderungen und Zusätzen bleibt.

11. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, nur auf die vordere Seite des Papiers geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an verschiedene Seher verteilen; auf beide Seiten beschrieben, beanspruchen sie die Arbeit eines Sehers für lange Zeit. Dadurch kann oft ein Beitrag nicht gleich Aufnahme finden, muß zurückgelegt werden oder als verspätet unberücksichtigt bleiben.

12. Lies stets das Geschriebene, ehe du es abschickst, noch einmal durch; du wirst meist noch etwas zu verbessern finden. Versieh die einzelnen Blätter mit Seitenzahlen, verwende gleiches Papier und schreibe auf jedes Blatt möglichst gleich viel Zeilen.

Versammlungskalender.

Krefeld. Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Reichshalle.

Röln. (Straßenbahner.) Donnerstag, 8. Mai, abends 1 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gereonsbräu, Friesenstr. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Dr. Holl.

Mülheim. Mittwoch, 7. Mai, abends 1 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Lübeck, Bachstraße.

Röln. (Gemeindegewerkschafter.) Freitag, den 2. Mai, abends 9. Uhr im Gereonsbräu, Friesenstr.

Gedenktafel.

Gestorben sind unsere treuen Kollegen:

Gottfried Schreiner, München

Wilh. Knoblich, Bonn

Carl Dybizka, München

Ehre ihrem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Widmann; Verlag: Peter Debenbach, beide in Röln, Venloerwall 9. Druck: Röln-Grenfelder Handelsdruckerei, Maxstr. 9.